

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/212

9. November 1970

Die CDU hat ihre Ziele nicht erreicht

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen

Von Dr. Heinz Kreuzmann SPD-MdB
(Hessischer Wahlkreis Fritzlar-Homberg)

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Die DDR kann keine Befehle erteilen

Notwendige Feststellungen zu Äußerungen
aus Ostberlin

Seite 3 / 37 Zeilen

In der politischen Wüste gelandet

Kende, Starke, Zoglmann - Männer ohne Zukunft

Seite 4 / 34 Zeilen

Noch einmal Würzburg

Fakten zu den Reaktionen auf den Rechtsra-
dikal-Exzeß

Von Hanns Heinz Bauer-Würzburg SPD-MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 91 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Hausallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846/886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Die CDU hat ihre Ziele nicht erreicht

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB
(Hessischer Wahlkreis Fritzlar-Homburg)

Trotz eines demagogischen Wahlkampfes ohnegleichen mit dem Einsatz ihrer Bundesprominenz einschließlich der Ex-Bundeskanzler und bis in die kleinsten Dörfer hat die CDU ihr Wahlkampfziel, die sozialdemokratische Landesregierung in Hessen zu stürzen und die Bonner Regierungskoalition handlungsunfähig zu machen, nicht erreicht. Im Gegenteil: In Hessen wird auch in Zukunft unter sozialdemokratischer Führung weiter regiert werden. Die Basis der Bundesregierung in Bonn hat sich dagegen wesentlich stabilisiert.

Die SPD mußte zwar Stimmenverluste hinnehmen, eine "schmerzliche Sache", wie Ministerpräsident Albert Osswald erklärte. Die CDU konnte ihre Stimmenzahl sogar noch über das Bundestagswahlergebnis von 1969 hinaus noch erweitern und damit die in Hessen besonders weitklaffende Schere zwischen Bundestags- und Landtagswahlergebnissen schließen. Auf die Dauer gesehen, wird sich jedoch dieses Landtagswahlergebnis für die CDU als ein Pyrrhus-Sieg erweisen.

Die Geister, die sie gerufen hat, wird sie nicht so leicht wieder los werden. Sie ist zu einem Sammelbecken der Rechten geworden, wonach sie gestrebt hat; so hat sie ohne Zweifel die Stimmen der ehemaligen NPD-Wähler, deren Partei tödlich getroffen worden ist, fast zur Gänze an sich ziehen können. Sie hat den konservativen Teil ehemaliger FDP-Wähler gewonnen, was sich an den Ergebnissen nordhessischer FDP-Hochburgen von einst deutlich ablesen läßt. Sie hat nicht nur die ehemaligen BHE-Wähler für sich gewonnen. Sie ist da und dort auch zu einem Becken von Unzufriedenen geworden, die in vollkommener Verkennung der wirklichen Tatsachen der SPD alle Ärgernisse des täglichen Lebens anlasteten, obwohl die Ursachen in die Jahre der CDU/CSU-Bundesregierungen zurückreichen.

Die Bundesregierung hatte es in diesem Wahlkampf besonders schwer. Durch die Trennung von Amt und Mandat waren eine ganze Anzahl von Landräten und Bürgermeistern, die in den vergangenen

Jahren zu ihren besten Zuggpferden gehört hatten, durch neue Kandidaten ersetzt worden, die in diesem Wahlkampf erst aufgebaut werden mußten. Mit Albert Osswald, dem Nachfolger von Georg August Zinn, hatte sie zwar den ohne Zweifel fähigsten unter ihren Landespolitikern an die Spitze gestellt, aber in dem einen Jahr seiner Tätigkeit als Ministerpräsident hatte er einen permanenten Wahlkampf zu führen, was ihn seine Aufgabe nicht gerade erleichterte. Hinzu kam, daß die demagogische Agitation gegen die Bonner Politik von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken geradezu Zutreiberdienste für die CDU betrieb, die sich nicht genierte, auf der einen Seite sich als Garthüter der Stabilität aufzuspielen, auf der anderen Seite die Bundesregierung zu beschuldigen, mit dem Konjunkturschlag dem Steuerzahler in die Tasche gegriffen und mit der zurückgestellten Verdoppelung des Steuerfreibetrages für die Arbeitnehmer ihre Versprechen nicht eingehalten zu haben.

Die Angst erheblicher Teile der städtischen Intelligenz, mit einem Absinken der FDP unter die Fünf-Prozent-Grenze dieser CDU die Bahn zu einer neuen Machtübernahme freizumachen, führte zu einer gewissen Umschichtung in den Reihen der hessischen Wähler der Parteien der Bonner Regierungskoalition, die die eigentliche große Überraschung dieser Landtagswahl war. Sie hat alles in allem genommen ihre positiven Seiten. Die radikalen Gruppierungen der äußersten Linken und Rechten hatten in diesem Land leidenschaftlicher politischer Temperamente keine, aber nicht die geringste Chance. Sie sind als das entlarvt, was sie von Anfang an waren. Politische Sektierer, deren Ansprüche in ungekehrtem Verhältnis zu ihrer Bedeutung und ihrem Gewicht stehen. Dieses hessische Wahlergebnis wird daher das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik nach außen stärken. Im Inneren aber kann die Bundesregierung nun mit noch mehr Selbstvertrauen und Zuversicht ihre Politik fortsetzen, denn je zuvor. In Wiesbaden wie in Bonn wird man diese herausragenden positiven Seiten des Wahlergebnisses zu schätzen wissen. Auch 1967, ein Jahr nach Bildung der Großen Koalition, hatte es die Sozialdemokratie nicht leicht mit dem Trend unter der Wählerschaft. Zwei Jahre später erlangte sie einen der bedeutendsten Wahlerfolge ihrer Geschichte. Diese Bundesregierung wird durch ihre Leistung überzeugen. Sie wird sich dabei auf die in Wiesbaden neuzubildende Landesregierung verlassen können.

Die DDR kann keine Befehle erteilen

Notwendige Feststellungen zu Äußerungen aus Ostberlin

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" hat es offenbar noch schwer, sich daran zu gewöhnen, wie man sich verhält, wenn ein Meinungsaustausch zwischen zwei Regierungen bevorsteht.

Ein solcher Meinungsaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR soll offiziell stattfinden, er soll nicht öffentlich stattfinden.

Das "Neue Deutschland" entscheidet natürlich nicht darüber, was die Vier Mächte vereinbaren. Darüber entscheidet auch nicht die DDR. Niemand kann daran vorbeigehen, daß die Vier Mächte besondere Verantwortlichkeiten und Rechte haben. Es liegt wohl im Interesse der DDR, nicht so zu tun, als könne sie den Vier Mächten Befehle erteilen.

Im Rahmen des Meinungsaustausches zwischen den beiden Regierungen wird man sicher auch über Fragen des zivilen Verkehrs sprechen: Des zivilen Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West). Wenn die Verhandlungslage der Vier Mächte es nahelegt, können darüber auch Vereinbarungen zwischen Bonn und Berlin (Ost) getroffen werden.

So ist die Lage. An ihr kann kein Artikel im "Neuen Deutschland" etwas ändern. Natürlich muß man die schwierige Lage berücksichtigen, in der sich das Zentralorgan der SED befindet. Es muß seinen Lesern klar machen, daß die Thesen, die es in den letzten acht Wochen vertreten hat, nicht mehr gelten. Das kann nach aller Erfahrung auch für Thesen gelten, die es heute vertritt.

Man tut in der Bundesrepublik schon aus diesem Grunde wohl gut daran, das "Neue Deutschland" nicht wichtiger zu nehmen als es ist, und nicht zu vergessen, daß selbst dann Artikel für den Hausgebrauch geschrieben sein können, wenn sie sich scheinbar an die Bundesrepublik richten. Wir beabsichtigen nicht, uns jede Weste anzuziehen, die das "Neue Deutschland" offeriert.

Übrigens: Auch DDR-Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht wird nicht gegen Vereinbarungen der Vier Mächte und gegen die völkerrechtliche Lage in Deutschland verstossen können.

+ + +

In der politischen Wüste gelandet

Mende, Starke, Zoglmann - Männer ohne Zukunft

Für die früheren FDP-Abgeordneten Dr. Mende, Dr. Starke und Zoglmann ist das Ende ihrer politischen Laufbahn gekommen. Sofern sie mit ihrem Austritt aus der FDP ehrgeizige Pläne verfolgten, müssen sie diese wohl endgültig begraben. Das ist eine der erfreulichsten Aspekte des Wahlergebnisses von Hessen. Die hessische CDU-Führung hatte es schon nicht einmal mehr gewagt, Dr. Mende im Landtagswahlkampf einzusetzen, sie hätte sonst größten Unmut in den eigenen Reihen heraufbeschworen. Das CDU-Mitgliedsbuch dieses Mannes erweist sich für die CDU eher als Belastung denn als Gewinn. Von Erich Mende strahlt kein Licht mehr aus, das andere erwärmen könnte. Eisige Ablehnung begegnet ihm von allen Seiten. Dieser ehrgeizige Mann brachte nach einer langen politischen Laufbahn, die ihn sogar auf den Sessel eines Vizekanzlers schob, das Kunststück fertig, die Zukunft recht schnell hinter sich zu bringen. Die Zeit, in der sein Namen Schlagzeilen bewirkte, gehört der Vergangenheit an.

Dankbar kann die FDP nach ihrem überraschenden Hessen-Wählerfolg auch den Herren Zoglmann und Dr. Starke sein. Was kann - nach Hessen! - noch aus Zoglmanns Plänen werden, eine rechte von der FDP stehende Partei zu gründen, als Hilfstuppe für die CDU/CSU? Er muß sie, will dieser allzu wendige Mann nicht ganz der Lächerlichkeit verfallen, wohl abschreiben. Das bisher für diese Gründung investierte Kapital einflußreicher Geldgeber trägt keine Zinsen, es ist schon heute ein Verlustgeschäft.

Siegfried Zoglmann, Dr. Mende und Dr. Starke hatten ihren Austritt aus der FDP mit einem "Auftrag der Wähler" begründet - ein Argument, dessen Hohlheit die Wähler in Hessen offenbarte. Sie gleichen Offizieren ohne Soldaten, sie landeten in der politischen Wüste, aus der es für sie keine Rückkehr mehr gibt. Die politische Landschaft der Bundesrepublik kommt dabei bestimmt nicht zu Schaden. Den Gewinn jedoch hat die sozialliberale Koalition in Bund und Ländern, die, nun von Ballast befreit, sicher und ruhig ihren Weg weiter nach vorn gehen kann.

Albert Exler

+ + +

Noch einmal Würzburg

Fakten zu den Reaktionen auf den Rechtsradikalen-Exzeß

Von Hannsheinz Bauer-Würzburg SPD-MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Es war unschwer vorauszusehen, daß die Aufsehen erregende Formierung des Rechtsradikalismus und die damit verbundenen alarmierenden Vorgänge am "Reformations-Samstag" in Würzburg nicht so bald aus der öffentlichen Diskussion verschwinden würden. Bedauerlich ist zunächst, daß das auch von "halb-offizieller" Seite gebrauchte Wort von einer "Radikalisierung in Würzburg" insofern in die Irre führt, als die Bevölkerung dieser Stadt fälschlich in die Nähe einer Gesinnung gerückt wird, mit der sie nach Struktur wie Wahlergebnissen nichts zu tun hat. Es deutet vieles darauf hin, daß die Drahtzieher der "Aktion Widerstand" diese Stadt wegen ihrer zentralen Lage als Treffpunkt ausersehen, vor allem aber deshalb gerade hier zugegriffen haben, weil sie anderwärts Schwierigkeiten mit der Zuverfügungstellung eines Saales hatten, während ihnen die "Frankenhalle GmbH, für landwirtschaftliche Ausstellungen" den erforderlichen Raum überließ, wobei kritische Beobachter vor bayerischem Hintergrund durchaus Gedanken-Verbindungen herzustellen vermögen.

Politisch kann bedauerlicherweise die makabre Tatsache nicht übersehen werden, daß am 31. Oktober die extreme Rechte ihr wahres Gesicht in der Form gezeigt hat, daß die NPD bereits "rechts überholt" ist und mit weiteren Aktionen zu rechnen sein wird. Es kann und darf nicht überhört werden, daß das Wort vom "Marsch auf Bonn" mit vielen tausend Teilnehmern fiel, und es muß unterstellt werden, daß dem gespenstischen Auftreten in Würzburg weitere folgen können.

Das Thema erhielt neuerliche Aktualität durch Berichte der Innenminister des Bundes und des Landes Bayern im Innenausschuß des Bundestages. Dabei wurde eine besondere Note durch die Darstellung des bayerischen CSU-Innenministers Merck in die Beurteilung der Tatbestände gebracht. Er unternahm den augenfälligen Versuch, die Schuld für die Würzburger Demonstrationen samt Begleitumständen insofern dem Bundestag zuzuschieben als dieser durch die Lockerung des Demonstrationsstrafrechts die Teilnehmer der Veranstaltung "Aktion Widerstand" zu ihrem Vorgehen ermächtigt hätte. Dieser Versuch geht völlig fehl: Die vorher angekündigte Fackelzug-Demonstration war nicht nur von der Stadt verboten, sondern das Verbot durch verwaltungsgerichtliche Entscheidung bestätigt worden. Die bereitgelegten Fackeln habe die Polizei im Übrigen vorsorglich sichergestellt. Der bayerische Innenminister verschwieg in seinem Bericht, daß sich zwei Demonstrations-"Marschmäulen" vor Versammlungslokal "Frankenhalle" organisiert alsbald in Bewegung gesetzt hatten, die von der Polizei sofort hätten aufgelöst werden

müssen; er ging weiter an der Tatsache vorbei, daß spätestens bei Auftauchen des Transparentes "Hängt die Verräter", nach Anstimmern der Sprechchöre "Scheel und Brandt an die Wand" und nach mindestens zwei bewiesenen Körperverletzungen genügend an strafbarem Tatbestand vorhanden gewesen war, um den Zug aufzulösen, während die Polizei diesen im Gegenteil an der Spitze wie seitlich "eskortiert" hat.

In der Sache falsch und eine Verwischung des tatsächlichen Hergangs war die Taktik des Innenministers Merck, durch Verwendung des Begriffs "vorgetäuschte Spontan-Aktionen" den Eindruck zu erwecken, als sei die Demonstration der "Aktion Widerstand" eine "Re-Aktion" auf eine Demonstration im Anschluß an die am gleichen Nachmittag stattgefundene Versammlung der Sozialdemokratischen Wähler-Initiative mit Günter Grass gewesen; Diese Veranstaltung war Wochen vorher - vor Bekanntwerden der Tagung in der "Frankenhalle", also keineswegs als "Gegenveranstaltung" - festgelegt gewesen.

Manipuliert wurde vom bayerischen Innenminister auch vor allem die Relation zwischen den beiden "Demonstrationszügen". Die Zahl der rechten Demonstranten wurde herunter-, die der linken heraufgespielt. Merck übersah als Wahlkämpfer der CSU in Bonn geflissentlich, daß die rechten "Widerständler" in Stärke von mindestens 1.000 Mann (die Polizei knapp 500!) offensichtlich wohl organisiert (zwei Marsch-Säulen) mit Tafeln mit dem Zeichen "W", die zum Teil während des Zuges als Stoß- und Schlagwaffen benützt wurden, und mit Schlag-Werkzeugen ausgerüstet waren, während das völlig unorganisierte "linke Häuflein" - ohne Lederkleidung, Transparente und "Werkzeuge" - schon vor der "Frankenhalle" abzubrockeln begann. Es handelt sich also um eine Verfälschung des Tatbestands, wenn dieser echte "Spontan-Marsch" einer Gruppe von Teilnehmern der Groß-Versammlung in einer Kausalzusammenhang mit der lange vorgeplanten, bewußt und geschickt organisierten und dirigierten Aktion der radikalen Rechten gebracht wird.

Die von der CSU auf Bonner Ebene bewußt entfachte Bayern-Wahlkampf-Atmosphäre geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Opposition im Innenausschuß allzu deutlich den Versuch der "Umfunktionalisierung" in der Richtung unternahm, die Diskussion auf das Thema "Rote Zellen" abzulenken - ein Thema, das sicherlich sorgfältig behandelt werden muß, das jedoch zu den Würzburger Ereignissen weder einen mittelbaren noch einen unmittelbaren Bezug hat. Wer es in dieser Situation dennoch unternimmt, Zusammenhänge verwischen, Tatbestände "frisieren" und von Themenstellungen ablenken zu wollen, muß sich dem Verdacht aussetzen, Leute begünstigen zu wollen, die offensichtlich bereits durch "falsche Töne" unter dem Stichwort "Widerstand" auf einer Vertriebenen-Kundgebung in Bonn auf den Plan gerufen worden waren und ihre Stunde gekommen glauben; Hier Zusammenhänge anzunehmen ist mehr als naheliegend...